

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	67
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.12.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Klimaneutralität 2035 - Noch mehr Anstrengungen zur Nutzung von Sonne und Wind! - Antrag Nr. 278/2022 vom 09.09.2022 (90/GRÜNE) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation.

Zu einem früheren Zeitpunkt sei ein Paket mit 100 Mio. Euro beschlossen worden, um den Bereich PV und Windenergie in der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) anzugehen, so StR Peterhoff (90/GRÜNE). Die Präsentation habe die großen Potenziale aufgezeigt. Beim Windrad auf dem Grünen Heiner im Stadtbezirk Weilimdorf sei die Verachtfa- chung der Leistung zu begrüßen. Es sei erfreulich, dass die SWS dieses Thema ange- gangen hätten. Aufgrund der neuen Anforderungen müssten grundsätzlich die Ände- rungen geprüft werden. Der mögliche Standort für ein Windrad bei der Bernhartshöhe befinde sich rund zehn Kilometer vom Flughafen entfernt. Dieser und andere Standorte müssten über Gutachten geprüft werden. Es stelle sich die Frage, warum zusätzliche mögliche Standorte wie beim Schattenring aus der Betrachtung herausfielen. Bezüglich des Denkmalschutzes habe seine Fraktion die Maßnahmen hinsichtlich des Perkins

Parks bereits gelobt. Ebenso seien die Standorte Markthalle und Gaskessel angesprochen worden und Bedenken seitens der EnBW wegen des Denkmalschutzes geäußert worden. Der Aspekt Freiflächen-PV sei sehr positiv zu bewerten. Der in der Präsentation dargestellte probeweise Standort eines Weinguts sei hierfür sehr gut geeignet. Ebenso könnten entsprechende Flächen des Städtischen Weinguts am Pragsattel genutzt werden. An dieser Stelle entstehe aufgrund der großen Fläche keine Verschattung. Das Problem der Verspiegelung von PV-Anlagen sei mittlerweile technisch gelöst. Daher könnte Hanglagen in der Nähe von Wohnbebauungen in Betracht gezogen werden. Dies betreffe beispielsweise die Hanglage in städtischer Hand direkt hinter dem Hauptbahnhof in der Nähe der IHK. Die Nutzung von Parkhäusern für PV-Anlagen begrüße seine Fraktion. Auf seine Frage, wie die städtischen Beteiligungsunternehmen wie die SSB, Hafen, Messe usw., bezüglich PV-Anlagen eingebunden würden, betont Herr Dr. Görres, diese würden von der Verwaltung ebenso angegangen. Beim Hafen bestehe das Problem, dass PV-Strom produziert werde, welcher allerdings nicht selber genutzt werden könne, da lediglich große Hallen ohne großen Stromverbrauch vorhanden seien. Dieser Sachverhalt habe sich in der letzten Zeit jedoch geändert.

StR Sakkaros (CDU) betont, die Präsentation zeige, mit wieviel Arbeit dieses Thema verbunden sei. Es seien neun Standorte für Windkraftanlagen aufgezeigt worden, wobei am Standort Grüner Heiner bereits eine Anlage installiert sei. Bei den potenziellen Standorten müsse darauf geachtet werden, wie die Bürgerschaft auf die Windkraftanlagen reagiere. In einem urbanen Gebiet seien diese Anlagen sehr sichtbar. Daher setze seine Fraktion in der LHS den Fokus eher auf PV-Anlagen, verschließe sich allerdings nicht vor dem Aspekt der Windkraftanlagen. Falls sich Dörfer zusammenschließen und Windkraftanlagen aufstellten, könnte diese Dörfer profitieren. Bei den SWS als großem Akteur lägen die Strompreise für Bestands- und Neukunden deutlich höher, als beispielsweise bei den Stadtwerken Tübingen. Falls die Bürgerschaft einen Profit von Windkraftanlagen erhalte, würde sich eher kein Widerstand gegen diese Anlagen regen. Neben den klassischen Windturbinen bestünden Anlagen, die sich um die eigene Achse drehten. Diese seien offenbar nicht sehr effizient, könnten aber in urbanen Gegenden aufgrund der Verschattung eine interessante Alternative darstellen. Herr Dr. Görres betont, diese Vertikalläufer würden in Einzelfällen eingesetzt und in diesem Bereich sei eine technische Entwicklung zu verzeichnen. Bei einzelnen städtischen Liegenschaften liefen entsprechende Tests an.

In das Thema Windkraftanlagen sei in der letzten Zeit enorm viel Bewegung gekommen, so StR Dr. Jantzer (SPD). Seine Fraktion habe vor einem Jahr einen entsprechenden Antrag gestellt und die Standorte Tauschwald und Bernhartshöhe seien noch ausgeschlossen worden. Nun werde u. a. seitens der Landesgesetzgebung diese Bewegung in dieser Thematik ersichtlich, was enorm wichtig sei. Die SWS hätten in ihrer Strategie bezüglich der Windkraft beschlossen, 11 Megawatt (MW) im Stadtgebiet zu realisieren. Dies bringe ein Aufstellen von Windrädern in der LHS mit sich. Im Land werde in den Umweltverbänden diskutiert, dass der Anteil an Windenergie von 1,8 Prozent mitnichten ausreiche, sondern dass das Land bis zu 3,5 Prozent Windenergie erreichen müsse. Es sei ausgesagt worden, Prioritäten setzen zu müssen. Die Region Stuttgart werde nicht die Möglichkeit wie andere Regionen haben, voll auf Windenergie zu setzen, da das Windpotenzial nicht ausreichend vorhanden sei und da hinsichtlich der Naturverträglichkeit Grenzen bestünden. Alle Möglichkeiten der Nutzung von regenerativen Energien müssten in der Stadt, in der Region und im Land kommuniziert werden. Während die Stadt in der Region einen Windenergieanteil von lediglich 0,9 bis 1,2 Prozent erbringe, müssten andere Regionen 6 oder 7 Prozent erreichen. In Bezug

auf die Solarenergie müsse die Stadt daher ein aggressives und engagiertes Programm auflegen. Dieses Vorgehen könne mit der Strategie der SWS sehr gut verzahnt werden. Herr Dr. Görres ergänzt, es sei erfreulich, dass in diesem Zusammenhang eine Personalstelle im kleinen Stellenplan für den Bereich Kommunikation geschaffen worden sei und er hoffe, diese rasch besetzen zu können.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, die dargelegten Fortschritte seien sehr erfreulich. Der Stadtbezirk Plieningen sei als Standort für ein Windkraftwerk aufgrund des Flughafens praktisch ausgeschlossen. Falls der Klimaschutz ernstgenommen werde, könne Deutschland allerdings mit zwei Flughäfen in Berlin und Frankfurt a. M. auskommen und somit nach der Schließung des Stuttgarter Flughafens ein Windrad in Plieningen aufgestellt werden. In Bezug auf den Artenschutz würden oftmals Vogelarten wie der Rotmilan herangezogen, um Windkraftprojekte zu verhindern. Falls die Energiewende nicht erreicht werde und das Klima wegbreche, würden viele Arten vernichtet. Die Ausweitung der PV-Anlagen sei begrüßenswert, auch wenn zahlreiche Widerstände dagegen vorlägen. Die PV werde zukünftig in der LHS eine noch größere Rolle spielen, da nicht genügend Platz für Windradanlagen vorhanden sei. Die EU plane derzeit Genehmigungsvorgaben mit sehr raschen Zeiträumen für erneuerbare Anlagen.

StR Dr. Oechsner (FDP) äußert seinen Dank für die Beantwortung des Antrags. Die aufgezeigten Ansätze sollten weiterverfolgt werden. Die Römer hätten in Stuttgart Wein und keine Windmühlen angebaut, da es in der Stadt Sonne und keinen Wind gebe. Er sei kein Gegner von Windanlagen, allerdings müsse der Bau von Windanlagen von der wirtschaftlichen Seite aus betrachtet werden. Daher seien bei der Investition PV-Anlagen in der LHS geeigneter zu bewerten.

Das bestehende Potenzial für regenerative Energien in der Stadt sei sehr anschaulich aufgezeigt worden, so StRin Köngeter (PULS). Dies betreffe im Bereich der PV-Anlagen insbesondere Straßen und Parkplätze. Es stelle sich die Frage, wie mit möglicherweise nicht wirtschaftlichen Beispielen in anderen Ländern, wie dem Solarradweg, umgegangen werden solle. Dies könne mit Orten wie beispielsweise dem grünen Klassenzimmer am Max-Eyth-See verbunden werden, die von Schulklassen besucht werden könnten. Das Thema Solarradweg sei schwierig zu beurteilen und die Verwaltung schwanke hierbei. Im Bereich der Radwege sei jedoch, ähnlich wie bei Parkplätzen, vorstellbar, mit einer Art Überdachung eine PV-Anlage zu installieren.

BM Pätzold betont, die aufgelisteten Potenziale müssten sich auch wirtschaftlich tragen. Wenn die Bürgerschaft nicht eingebunden werde, sei die Umsetzung von Anlagen für regenerative Energien nicht einfach. Beispielsweise sei die Fläche am Römerkastell eine private Fläche, bei der der Wunsch nach einer Entsiegelung bestehe. In Bezug auf das Thema Agri-PV-Anlagen wolle er daran erinnern, dass die primäre Nutzung der Flächen durch die Landwirtschaft erfolge. Daher könne eine Agri-PV-Anlage lediglich eine Unterstützung darstellen. Er persönlich halte wenig davon, auf landwirtschaftlichen Flächen ausschließlich PV-Anlagen zu installieren, so der Vorsitzende. Das angesprochene Thema der Markthalle sei schwierig zu bewerten, da es sich um ein repräsentatives Gebäude handle. Eine mögliche Lösung müsse aus gestalterischer Sicht geprüft werden. Beim Gaskessel hänge die Entscheidung von der EnBW ab, welche hier beim Thema PV-Nutzung noch etwas zögerlich sei.

In der LHS könne nicht eine derart große Anzahl von Windrädern errichtet werden, so Herr Dr. Görres, damit sich die Stadt hiervon energetisch versorgen könne. Daher sei die Entscheidung bei den SWS richtig gewesen, sich hierbei nicht auf die Stadt oder die Region zu begrenzen, sondern den Horizont auf das Land oder den Bund zu erweitern. Wenn auch nicht so viel wie beispielsweise an der Nordsee bestehe in Stuttgart durchaus auch etwas Windenergie. Die Aspekte Artenschutz und Flugsicherung beschäftigten die Verwaltung bei jeder Einzelfallprüfung und würden sehr sorgfältig geprüft.

Herr Heitkamp (AfU) betont, in seiner Abteilung (36-3) sei u. a. die untere Emissionsschutzbehörde angesiedelt und dort würden die Verfahren bezüglich der Windkraftanlagen geführt. Hinsichtlich des Standorts des Grünen Heiners habe die Vorantragskonferenz im Oktober stattgefunden. Im Jahr 2025/2026 solle die neue Anlage errichtet und in Betrieb genommen werden. Die Nabenhöhe erhöhe sich von 46 auf 130 bzw. 111 Meter. Da die neue Anlage wesentlich höher werde, habe dies entsprechende Auswirkungen auf die Landschaft, Umwelt usw. Das Landesplanungsgesetz sehe vor, im Regionalplan die regionalen Grünzüge als für Windkraftanlagen geeignet auszuweisen. Daher müsse der Regionalplan nicht zusätzlich zu den möglichen Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren angepasst werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SWS
SWSG
 5. Referat SOS
 6. Referat JB
 7. Referat SI
 8. Referat T
 9. Amt für Revision
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion

kursiv = kein Papierversand